
6286/J XXVII. GP

Eingelangt am 09.04.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Mag. Christian Ragger, Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Mag. Gerhard Kaniak, und weiterer Abgeordneten
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **AK-Arbeitsklimaindex: CoV drückt auf Psyche**

Der ORF Salzburg hat am 6. April 2021 folgendes veröffentlicht:

„AK-Arbeitsklimaindex: CoV drückt auf Psyche

Die Stimmung der Salzburger Arbeitnehmer leidet unter der Coronavirus-Pandemie: Das zeigt der aktuelle Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer. Die Hälfte der Befragten kommt finanziell kaum über die Runden.

Jeder Fünfte hat Angst um die Zukunft des Betriebs, in dem er arbeitet, und jeder Dritte sieht die gesellschaftliche Zukunft negativ. Die Arbeiterkammer fordert deshalb erneut ein Landeskonjunkturpaket über 450 Millionen Euro, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des Nettogehalts und einen 1.000-Euro-Gutschein für jeden Haushalt, um Kaufkraft und Konsum am Leben zu erhalten.“

[AK-Arbeitsklimaindex: CoV drückt auf Psyche - salzburg.ORF.at](#)

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz folgende

Anfrage

- 1) Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister den AK-Arbeitsklimaindex, der am 6. April 2021 von der AK Salzburg veröffentlicht worden ist?
- 2) Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister insbesondere das Ergebnis, dass „die Hälfte der Befragten finanziell kaum über die Runden kommt“?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- 3) Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister insbesondere das Ergebnis, dass „jeder Fünfte Angst um die Zukunft des Betriebs hat“?
- 4) Wie beurteilen Sie als Gesundheits- und Sozialminister insbesondere das Ergebnis, dass „jeder Dritte die gesellschaftliche Zukunft negativ sieht“?
- 5) Welche Maßnahmen setzt dem das Gesundheits- und Sozialministerium entgegen?